THEMA

»Türöffner für eine weiterführende Auseinandersetzung«

Deborah Hartmann über die digitalisierten Mitgliederkarteien der NSDAP und die Folgen

20. März 2026: An diesem Tag stellten die National Archives and Records Administration in Washington auf ihrer Website die Mitgliedskarteien der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) online. Seitdem recherchiert eine Vielzahl an Menschen in diesen Unterlagen. Behrang Samsami sprach mit Deborah Hartmann, der Direktorin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, darüber, was diese Akten aktuell in Familien, der Forschung und der öffentlichen Debatte über den Nationalsozialismus auslösen, sowie über die Bildungsarbeit ihrer Gedenkstätte, über Erinnerungskultur und die AfD.

Behrang Samsami: Frau Hartmann, seit der Freischaltung der Mitgliedskarteien der NSDAP durch das US-Nationalarchiv ist das Interesse, betrachtet man die hiesige mediale Berichterstattung, der Deutschen groß. Hätten Sie das in der Form erwartet?
Deborah Hartmann: Ich kenne im Moment keine empirische Datenlage. Wir haben die Zahlen des Bundesarchivs, dass es pro Jahr um die 75.000 Anfragen gäbe. Neben Privatpersonen sind es auch Forschende oder andere Einrichtungen, die dort nach Informationen suchen. Vielleicht ist das Interesse hierzulande sogar weniger überraschend, weil der zeitliche Abstand zum Ende des Zweiten Weltkriegs mehr als 80 Jahre beträgt und die Tätergeneration selbst meist nicht mehr am Leben ist. Viele Menschen trauen sich erst heute zu erforschen, was Angehörige in der NS-Zeit gemacht oder auch nicht gemacht haben. Es ist womöglich schmerzfreier, weil man bestimmte Konfrontationen nicht mehr fürchten muss.

Wie ist Ihre Meinung zur medialen Behandlung des Themas in Deutschland?
Durch die hiesige Berichterstattung kann der Eindruck entstehen, dass es bis 2026 nicht möglich gewesen wäre, etwas über seine Familie in Erfahrung zu bringen. Dabei hätte jeder den vielleicht etwas mühsamen Weg über das Bundesarchiv gehen können. Dennoch ist es gut, dass es die niedrigschwelligeren Zugänge über die Websites von »Zeit«, »Spiegel« und »Süddeutscher Zeitung« gibt. Aber was bedeutet das? Ich weiß nicht, wie viele Menschen bei diesen Medien ein Abo abgeschlossen haben, denn ein solches ist ja Voraussetzung, diese Tools zu nutzen.

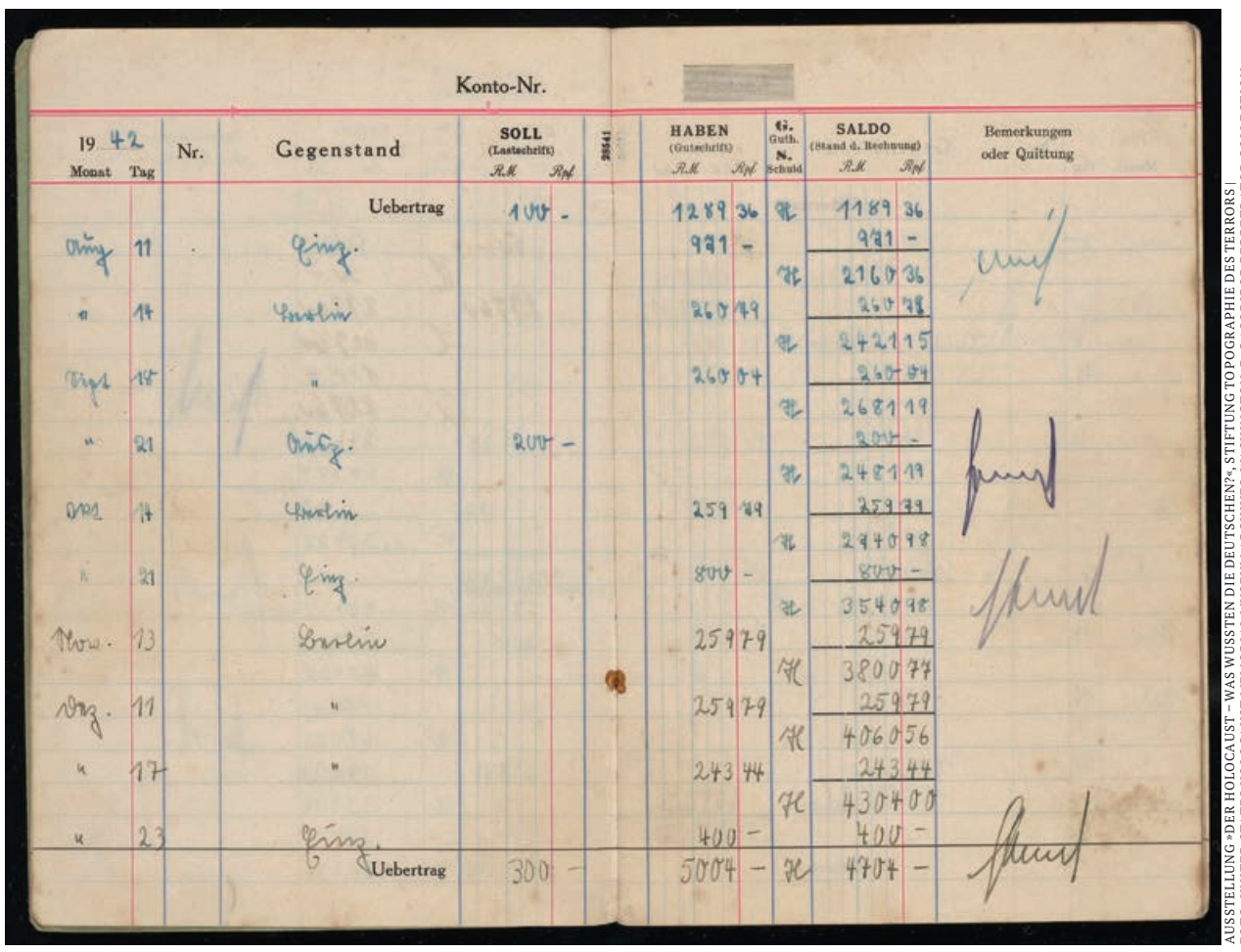
Es gehört zu unserer Aufgabe, Geschichte multiperspektivisch zu erzählen

Wichtig ist zudem: Wenn jemand in den NSDAP-Karteien nicht auftaucht, muss das keine Bedeutung haben. Es gab viele Personen, die vom NS-System profitiert bzw. sich am Antisemitismus maßgeblich beteiligt haben, ohne je Mitglied von NSDAP, SA und SS gewesen zu sein. Zu bedenken ist auch, dass 20 Prozent der Karteikarten der NSDAP fehlen. Die Ergebnisse dieser Recherchetools können also nichts über die tatsächliche Teilhabe am NS-System aussagen. Es gibt zahlreiche Lücken und Leerstellen, die sich, wenn überhaupt, nur durch zusätzliche Recherche in anderen Beständen und Archiven schließen lassen. Dazu kommt, dass die KI-basierten Anwendungen nicht vollkommen zuverlässig sind und mitunter Falschinformationen produzieren können.

Welche Folgen hat die Freischaltung der NSDAP-Mitgliederkarteien sowie der Personalakten von SA und SS für die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz?
Das kann ich kurz und bündig beantworten: Wir haben keine Veränderungen erlebt, also keine höheren Besucherzahlen seit März 2026. Auch von meinen Kollegen, etwa von denen, die in unserer Bibliothek arbeiten und von den Gästen nach dem Besuch der Ausstellung sehr oft besucht und befragt werden, habe ich nichts gehört, was darauf zurückzuführen ist.

Durch die aktuelle Aufmerksamkeit rücken erneut Täter, Mitläufer und ihre (Familien-)Geschichten in den Fokus. Welche Perspektiven werden dadurch eventuell verdeckt?
Es ist sicherlich positiv, wenn die deutsche Gesellschaft sich mit den Taten der eigenen Angehörigen – Tätern, Mitläufern und Profiteuren – auseinandersetzt. Das ist ja auch immer mal wieder passiert, z. B. im Rahmen der Wehrmachtsausstellungen oder der Debatten um Arisierung und Raubkunst. Aber eine Gefahr, die ich derzeit sehe, ist, dass die eigene(n) Familiengeschichte(n) zur Grundlage einer neuen Form gemeinschaftlicher Selbstvergewisserung werden. Man sagt sich: »Schau, nun haben wir uns wirklich mit unserer Vergangenheit beschäftigt und können darauf stolz sein.« Dadurch können wieder neue Formen der Exklusion entstehen. Was ist mit jenen, die in diesen Datenbanken nicht auftauchen: die Ermordeten und Überlebenden und all jene, die keine familiären Bezüge zur NS-Gesellschaft haben? Solche Fragen gilt es zu berücksichtigen. Dennoch denke ich, dass es noch verfrüht wäre, darüber mehr zu sagen. Wichtig ist, sich bewusst zu machen, dass diese Recherchen nur ein Anfang – ein Türöffner – für eine weiterführende Auseinandersetzung sein können und man diese Möglichkeiten reflektiert nutzt.

Können Sie bereits eine Auswirkung auf die historische Forschung feststellen?
Einige Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen arbeiten aktuell an Datenbanken, die Auskunft zu Täterinnen und Tätern geben sollen. Für die Opfer haben wir das bereits, beispielsweise bereitgestellt von den Arolsen Archives. Für mich besteht hier aber tatsächlich ein Missverhältnis: Man meint über die Betroffenen alles wissen zu dürfen, während die Tätergeneration jahrzehntelang geschützt wurde. Es gibt etwa die Schutzfristen des Bundesarchivs. Sie laufen Ende 2027 endlich aus. Dann wird die NSDAP-Mitgliederkartei auch dort online zugänglich sein. Es ist schon seltsam, dass man mit wenigen Klicks viele – auch sehr persönliche – Details über Menschen erfahren kann, die im Nationalsozialismus verfolgt, beraubt, deportiert und ermordet wurden, aber diejenigen, die diese Verbrechen begangen haben, werden durch Persönlichkeitsrechte und Schutzfristen auch noch Jahre nach ihrem Tod geschützt.



AUSSTELLUNG »DER HOLOCAUST – WAS WUSSTEN DIE DEUTSCHEN?«, STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS | FOTO: UNITED STATES HOLOCAUST MEMORIAL MUSEUM ARCHIVES, WASHINGTON, D. C. | SOBIBOR PERPETRATOR COLLECTION

Sparbuch von Henriette Niemann, Ehefrau des stellvertretenden Kommandanten des Vernichtungslagers Sobibor, Johann Niemann, 1942: Neben dem Gehalt stehen hohe Einzahlungen, die vermutlich Opfern des Lagers geraubt wurden

Das Haus der Wannsee-Konferenz ist, historisch gesehen, ein Ort der Täter, an dem heute zugleich die Geschichte der europäischen Jüdinnen und Juden, die Perspektiven der Verfolgten und das Erlernen von Perspektivwechseln zentral sind. Wie kann man über Täterquellen sprechen, ohne die Perspektiven der Betroffenen zu marginalisieren?
Hier zitiere ich gern eine Kollegin, die bei ihren Führungen sagt, dass es keine Opfer ohne Täter und keine Täter ohne Opfer gäbe. Es gehört zu unserer Aufgabe, Geschichte multiperspektivisch zu erzählen. Wir können uns nicht auf die Täter fokussieren, ohne die Betroffenen mit in den Blick zu nehmen. Nehmen wir als Beispiel das Protokoll der Wannsee-Konferenz von 1942. Wenn ich es mir anschaue, verbindet sich das für mich sofort mit der Frage, was dieses Dokument für Konsequenzen auf die betroffenen Menschen hatte.

Wie werden die Erfahrungen der Opfer in Ihrem Haus mit einbezogen?
Wir tun das etwa über Joseph Wulf, der sich als Holocaust-Überlebender und Historiker bereits in den 1950er Jahren mit den Dokumenten und Quellen der Tätergesellschaft befasst und sie in Büchern veröffentlicht hat. Wulf spielt in unserer Einrichtung eine zentrale Rolle, weil wir uns mit seiner Perspektive als Betroffener auseinandersetzen und zugleich mit seinen Publikationen. Wulf war es, der das Protokoll der Wannsee-Konferenz als einer der Ersten publizierte.

Welche Rolle spielen jüdische Geschichte und Gegenwart in einer Erinnerungskultur, die sich aktuell stark mit deutschen Täterakten und Familienerzählungen beschäftigt?
»Die Erinnerungskultur« setze ich gern in Anführungszeichen, weil ich gar nicht weiß, ob es »die Erinnerungskultur« hier gibt oder ein Sammelsurium an Erinnerungskulturen. Ihre Frage ist schwer zu beantworten, weil wir in einer Zeit leben, in der – ich verwende jetzt dieses Framing – »die Erinnerungskultur« sehr massiv aus verschiedenen Richtungen heraus attackiert wird. Sie wird infrage gestellt als sogenannte Staatsräson, die angeblich nur dazu dienen soll, Israel in Schutz zu nehmen. Oder sie wird von rechts angegriffen – vonseiten einer geschichtsrevisionistischen Partei wie der AfD.

Wenn wir über Erinnerungskultur sprechen, müssten wir uns erst einmal mit diesen Angriffen auf sie und mit diesen Debatten auseinandersetzen. Das ist für mich derzeit das Zentrale. Ich habe das Gefühl, dass wir gar nicht dahin kommen, zu fragen, ob es jetzt so ist, dass sich die Erinnerungskultur auf die Familiengeschichten der Nachkommen der Täter konzentriert und die jüdische Perspektive wieder in den Hintergrund gerückt wird. Wir kommen gar nicht zu diesen Fragestellungen, weil wir permanent damit beschäftigt sind, die Erinnerung als solche zu verteidigen, weil im Moment so viel infrage gestellt wird.

Im September 2026 finden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern statt. Welche Folgen wird der erwartete Erfolg der AfD haben?
Er wird Auswirkungen haben. Darum denke ich auch, dass es bisher genug Zeit gegeben hätte, aktiv zu handeln. Es gab einen kurzen Aufschrei nach der Konferenz im November 2023 in Potsdam, über die Correctiv berichtete. Das ist aber für mich überraschenderweise sehr schnell verpufft. Wenn ich mir andere Zivilgesellschaften anschaue, erlebe ich weit mehr zivilen Ungehorsam. Etwa in Israel, wo es seit Jahren regelmäßige Proteste gibt, etwa gegen die antidemokratischen Maßnahmen einer von Rechtsextremen mitgeführten Regierung. So etwas habe ich in Deutschland nicht erlebt. Zur AfD will ich aber auch noch sagen, dass ich nach wie vor für ein Verbotsverfahren bin. Aus meiner Sicht gibt es genügend Anhaltspunkte.

Welche Position nimmt das Haus der Wannsee-Konferenz gegenüber der AfD ein?
Wir haben derzeit eine Diskussion mit dem Bundespresseamt, weil wir als Einrichtung keine AfD-Gruppen mehr empfangen wollen, die im Rahmen politischer Bildungsreisen nach Berlin kommen. Wir möchten AfD-Abgeordneten und ihren Besuchergruppen bei uns im Haus kein pädagogisches Angebot mehr machen, weil wir damit am Ende die Position derjenigen in der Partei legitimieren würden, die sagen, dass ihnen die Erinnerungskultur wichtig sei und dafür solche Besuche in Berliner Gedenkstätten als Feigenblatt verwenden. Wir als Haus der Wannsee-Konferenz wollen uns nicht instrumentalisieren lassen. Wie diese Auseinandersetzung ausgeht, werden wir sehen.

Wenn wir über Erinnerungskultur sprechen, müssten wir uns erst einmal mit den Angriffen auf sie auseinandersetzen

Die Gedenkstätte Yad Vashem kündigte Ende Mai 2026 an, das erste Holocaust-Bildungszentrum außerhalb Israels in München – samt Dependance in Leipzig – zu eröffnen. Welche Rolle kann die neue Stätte im Rahmen der Bildungsarbeit spielen?
Yad Vashem kooperiert schon seit Langem mit den Bildungsministerien der Bundesländer. Es war bemüht, eine Leerstelle zu füllen, die es in der hiesigen »Erinnerungskultur« gab: die Frage nach den jüdischen Perspektiven auf die Shoah in der postnationalsozialistischen Gesellschaft. Diese sollen stärker in den Vordergrund rücken. Insofern glaube ich, dass das geplante Zentrum eine gute Ergänzung zu den Einrichtungen sein kann, die es bereits gibt.

Vielen Dank.

Deborah Hartmann ist Politikwissenschaftlerin und seit 2020 Direktorin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Behrang Samsami ist freier Journalist